III. Wachstumskonforme Geldschöpfung zugunsten des Staates (Grundzüge einer Reform)

1. Aufhebung der Refinanzierungsmöglichkeiten für die Geschäftsbanken

Wenn die Notenbank in einer wachsenden Wirtschaft eine Ausweitung des Refinanzierungsvolumens und damit der Notenbankgeldbestände der Geschäftsbanken nicht zuläßt, so wird auch eine Zunahme des Notenbankgeldvolumens und des Buchgeldvolumens der Wirtschaft prinzipiell unmöglich.¹ Eine wachstumskonforme Ausdehnung des Geldvolumens der Wirtschaft kann dann auf dem Wege über eine Geldschöpfung der Notenbank zugunsten des Staates und über Netto-Staatsausgaben erreicht werden.

Prima vista könnte man meinen, daß bei Beseitigung der Netto-Refinanzierungsmöglichkeiten für die Geschäftsbanken Staatsausgaben in voller Höhe des wachstumskonformen Zuwachses des Geldvolumens der Wirtschaft durch die Notenbank finanziert werden könnten, ohne daß die Geldwertstabilität gefährdet würde. Dem ist jedoch nicht so.

Durch eine Geldschöpfung der Notenbank zugunsten des Staates wird unmittelbar die in Händen des Staates befindliche Geldmenge erhöht. Verausgabt der Staat das „neue“ Geld, so steigen die Geldbestände der Empfänger und die des Staates vermindern sich entsprechend.

Bei Barzahlungen an das Publikum erhalten private Nichtbanken direkt aus staatlichen Kassen Banknoten. Buchgeldübertragungen an private Nichtbanken erfolgen in der Weise, daß die Notenbank die entsprechenden Beträge zu Lasten des Staates den Kreditbanken der Zahlungsempfänger als Sichteinlagen gutschreibt. Die Kreditinstitute stellen ihrerseits den Begünstigten den Gegenwert als Sichteinlagen zur Verfügung. Sind die Empfänger der Staatsausgaben Schuldner der Banken, so werden u. U. nicht die Sichtverbindlichkeiten der Kreditbanken vermehrt, sondern die Debitoren vermindert (Schuldentilgung). Von diesem Fall abgesehen, erhöhen Netto-Staatsausgaben zugunsten von privaten Nichtbanken also unmittelbar das Geldvolumen der Wirtschaft.

Zugleich werden die Notenbankgeldbestände der Kreditinstitute im Ausmaß der Netto-Staatsausgaben erhöht; lediglich bei Barzahlungen des Staates an das Publikum bleiben sie primär unberührt. Im Gefolge von Netto-Staatsausgaben (Bar- oder Giralgeldzahlungen) zugunsten privater Nichtbanken vermehren bzw. vermindern sich jedoch die Notenbankgeldbestände der Kreditbanken in dem Maße, wie das Publikum das erhaltene Bargeld bei Kreditbanken einzahlt bzw. das erhaltene Buchgeld von den Banken in bar abzieht. Bei ge-

¹ Sofern die Banken Überschußreserven weder besitzen noch auf anderem Wege erhalten.

gebenen Zahlungssitten werden die primär unterschiedlichen Effekte auf Bar- und Buchgeldvolumen der Wirtschaft sowie auf die Notenbankguthaben der Kreditbanken² durch die Reaktionen des Publikums weitgehend – unter modelltheoretischen Bedingungen vollkommen – ausgeglichen.³

Mit dem Anstieg der Notenbankguthaben gewinnen die Geschäftsbanken Überschußreserven.⁴

Das Auftreten von Überschußreserven im Gefolge von Netto-Staatsausgaben ermöglicht es den Banken, ihrerseits das Geldvolumen der Wirtschaft durch zusätzliche Kredite weiter auszudehnen (multiple Geldschöpfung). Insoweit liegen die Dinge nicht prinzipiell anders als im Fall der Netto-Refinanzierung bei der Notenbank.

Im allgemeinen führen somit Netto-Staatsausgaben unmittelbar zu einer Erhöhung des Geldvolumens der Wirtschaft um den Betrag dieser Ausgaben und mittelbar (über eine induzierte Ausweitung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken) zu einer weiteren Ausdehnung des Geldvolumens der Wirtschaft u. U. um ein Mehrfaches des Betrages der Netto-Staatsausgaben.

2. 100%-Reservpflicht für Sichtverbindlichkeiten der Banken

Unter den angenommenen Voraussetzungen sind daher Netto-Staatsausgaben ohne Gefährdung der Geldwertstabilität nur in Höhe eines Bruchteils des wachstumskonformen Geldmengenwachses möglich. Diese Einschränkung ist offenbar auf die Fähigkeit der Geschäftsbanken zur multiplen Geldschöpfung zurückzuführen.

Die wachstumskonforme Ausweitung des Geldvolumens der Wirtschaft könnte in vollem Umfange auf dem Wege über Geldschöpfung der Notenbank zugunsten des Staates und Netto-Staatsausgaben erfolgen, wenn den Banken neben den Möglichkeiten zur Netto-Refinanzierung auch die der multiplen

² Es wird angenommen, daß die Bargeldbestände der Geschäftsbanken unverändert bleiben und der Zuwachs ihrer Notenbankgeldbestände sich in vollem Umfange in einer Erhöhung der Sichteinlagen bei der Notenbank niederschlägt.

³ Bei gegebener Höhe der Netto-Staatsausgaben A und gegebener Barquote b wird im einen Fall der Betrag $(1-b) \cdot A$ bei den Kreditbanken eingezahlt, im anderen der Betrag $b \cdot A$ in bar abgehoben werden, so daß dann das zusätzliche Geldvolumen der Wirtschaft ($= A$) jeweils im Verhältnis $b : (1-b)$ als Bar- und als Buchgeld gehalten wird.

⁴ Da wegen des Zuwachses der Sichtverbindlichkeiten gegenüber dem Publikum auch die Mindestreserveverpflichtungen der Banken steigen, stehen die neuen Notenbankguthaben nicht in voller Höhe als Überschußreserven zur Verfügung. Werden die Netto-Staatsausgaben von den Empfängern zur Tilgung von Bankschulden verwendet, so erhalten die Banken Überschußreserven im vollen Ausmaß dieser Beträge, da keine neuen Mindestreserveverpflichtungen entstehen. Das gleiche gilt, wenn der Staat Netto-Staatsausgaben zugunsten von Kreditinstituten tätigt.

Geldschöpfung genommen würden. Als Mittel hierzu bietet sich die Erhöhung der Mindestreservesätze für Sichteinlagen auf 100 % an. Würde der Mindestreservesatz für neue (d. h. im Zuge der Netto-Staatsausgaben entstehende) Sichtverbindlichkeiten der Banken auf 100 % heraufgesetzt, so entfielen die Möglichkeit zur mittelbaren Ausweitung des Geldvolumens der Wirtschaft durch zusätzliche Bankkredite. Die Banken könnten Buchgeld nur noch in dem Umfang schaffen, in dem ihnen Notenbankgeld zuflösse.

Der „fiskalische“ Effekt der 100 %-Reservepflicht ließe sich möglicherweise noch verstärken, wenn sie nicht nur für Sichtverbindlichkeiten, sondern auch für längerfristige Verbindlichkeiten der Banken eingeführt würde. Im Zuge von Netto-Staatsausgaben fließen den Kreditinstituten in der Regel neben zusätzlichen Sichteinlagen auch längerfristige Einlagen – insbesondere Spar- und Termineinlagen – zu. Sie ermöglichen den Banken ebenfalls eine Ausweitung ihres Kreditvolumens.⁵

Die 100 %-Reservepflicht für Sichteinlagen verhindert lediglich die Ausweitung des Geldvolumens der Wirtschaft durch die Kreditbanken über die in Umlauf befindliche Notenbankgeldmenge hinaus. Wird das Geldvolumen der Wirtschaft aber z. B. durch Einzahlung von Bargeld auf Sparkonten bei Kreditinstituten verringert, so können die Banken ihr Kreditvolumen in gleichem Umfang⁶ ausdehnen und damit die im Publikum befindliche Geldmenge wieder entsprechend erhöhen. Die 100 %-Reservepflicht für sämtliche, auch längerfristige Einlagen bei Kreditinstituten dagegen würde die Ausdehnung des Kreditvolumens der Banken überhaupt verhindern⁷ und auch bei einem Zustrom längerfristiger Einlagen (= Geldvernichtung) nicht eine kompensatorische Ausweitung des Geldvolumens der Wirtschaft durch die Banken zulassen.

Eine derartige Regelung würde jedoch dem gegebenen Bank- und Kreditsystem völlig den Boden entziehen. Die Banken dürften mit der Möglichkeit, die ihnen zufließenden längerfristigen Einlagen auszuleihen, auch das Interesse an der Entgegennahme derartiger Einlagen verlieren.⁸ Zumindest werden sie aus Rentabilitätsgründen nicht mehr bereit und in der Lage sein, neue längerfristige Verbindlichkeiten zu verzinsen.

Es ist zu erwarten, daß die privaten Nichtbanken daraufhin bei den Banken keine längerfristigen Einlagen mehr tätigen und versuchen, ihre längerfristigen entbehrlichen Mittel außerhalb des Banksystems verzinslich anzulegen. Auf

⁵ Dieser Tatbestand wird in den einfacheren Modellen der multiplen Geldschöpfung nicht berücksichtigt und wurde auch hier bisher vernachlässigt.

⁶ Gegebenenfalls vermindert um die für die neuen Spareinlagen zu haltenden Mindestreserven.

⁷ Sie ließe neue Kredite lediglich in dem Maße zu, wie alte zurückgezahlt werden.

⁸ Ähnliche Probleme in abgeschwächter Form ergeben sich auch bei der 100 %-Reservepflicht für Sichteinlagen; ihnen kann jedoch ausgewichen werden. Vgl. Kap. IV/3 und VI.

der anderen Seite wird auch die Kreditnachfrage, die von den Banken auf Grund der generellen 100 %-Reservepflicht nicht befriedigt werden kann, auf die Kreditmärkte außerhalb des Banksystems auszuweichen suchen. Dies dürfte dazu führen, daß in gewissem Umfange andere – bereits bestehende und sich neu entwickelnde – Institutionen und Formen der Kreditbeziehungen an die Stelle der Banken und der Bankkredite treten und sie insoweit ersetzen. Der Kreditstop, den die generelle 100 %-Reservepflicht für die Banken impliziert, dürfte daher letztlich weitgehend unwirksam sein und damit zusätzliche Netto-Staatsausgaben nicht ermöglichen.

3. Zusammenfassung

Im herrschenden Geldsystem wird das Geldvolumen der Wirtschaft im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums regelmäßig durch Geldschöpfung zugunsten der privaten Wirtschaft, durch (zusätzliche) Kredite der Geschäftsbanken an das Publikum, ausgeweitet. Ein großer Teil des Geldmengenwachses entfällt jeweils auf Buchgeld der Geschäftsbanken, das auf Grund der systeminhärenten Fähigkeit der Banken zur multiplen Geldschöpfung geschaffen wird. Der Staat hat sich insoweit seiner Geldhoheit begeben und die Geldschöpfungsmacht privaten Institutionen (den Geschäftsbanken) überlassen.

Die Möglichkeit, das Geldvolumen in der wachsenden Wirtschaft ohne Gefährdung der Geldwertstabilität auszuweiten (wachstumskonforme Geldschöpfung), könnte durch eine Reform der Geldordnung (und des Finanzsystems) der Finanzierung des Staates nutzbar gemacht werden. Die Reform würde einen grundlegenden Wandel der Art und Weise, in der die wachsende Wirtschaft mit zusätzlichem Geld versorgt wird, beinhalten.

Hauptbestandteile einer derartigen Reform wären

1. Änderungen der Geldordnung:

- a) Beseitigung der (Netto-)Geldschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken⁹ durch
 - aa) Aufhebung der Möglichkeit zur (Netto-)Refinanzierung der Geschäftsbanken bei der Notenbank und
 - ab) Einführung der 100 %-Reservepflicht für Sichtverbindlichkeiten der Geschäftsbanken;
- b) wachstumskonforme Geldschöpfung der Notenbank zugunsten des Staates;

⁹ Mit Netto-Geldschöpfung ist eine Geldschöpfung gemeint, die über das Maß der Geldvernichtung durch Erhöhung längerfristiger Einlagen u. ä. hinausgeht.

2. Änderungen des Finanzsystems:

- a) regelmäßige Zuschüsse der Notenbank an den Fiskus (gemäß 1b);
- b) Minderung des Steuervolumens (Steuersenkungen) im Maße der Zuschüsse der Notenbank.